



## Franz Thönnies, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses  
Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe  
Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

März 2011

## Arbeitsbericht 2008-2011 da sein – zuhören – handeln

Für den Zeitraum von November 2008 – März 2011 wird dieser Bericht gegeben. Bis zur Bundestagswahl 2009 betreute ich neben meinem Bundestagswahlkreis 8, Segeberg – Stormarn-Nord, auch den südlichen Teil des Wahlkreises 10, Lauenburg – Stormarn-Süd, der in der letzten Legislaturperiode nicht mit einem SPD-MdB abgedeckt war. Meine Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales nahm ich bis zum Regierungswechsel im November 2009 wahr. Seit der Konstituierung des Deutschen Bundestages 2009 betreue ich vor dem Hintergrund der Verringerung der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten von neun auf sechs, ergänzend zu meinem Wahlkreis auch den zum Bundestagswahlkreis 10 gehörenden Teil von Stormarn und die Stadt Neumünster.

### Wahlkreis

Über das mir von 95 Prozent der Delegierten auf der Wahlkreiskonferenz im Bundestagswahlkreis 8 am 29. November 2008 ausgesprochene Vertrauen habe ich mich sehr gefreut. 108 Ja-Stimmen von 113 gültigen Stimmen, das war schon ein starkes Pfund. Und so haben wir dann auch gleich danach mit den Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2009 begonnen. Der Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Segeberg im Januar 2009 war eine gute Gelegenheit, die notwendigen Markierungen zu setzen. Die weltweite Finanzkrise und die Entscheidungen, die wir in Berlin trafen, um uns gegen die negativen Folgen zu schützen, hatten selbstverständlich auch Auswirkungen bis in den Wahlkreis. So fand am 3. Februar 2009 auf meine Einladung eine „Kommunale Investitionskonferenz“ in Bad Segeberg statt. Hier informierten mein damaliger Kollege, der Parlamentarische Staatssekretär Karl Diller aus dem Bundesfinanzministerium, und ich die eingeladenen Bürgermeister und Kommunalpolitiker aus dem Wahlkreis über die Umsetzung des Konjunkturpaketes II. Wichtig war für mich, dass frühzeitig mit den kommunalen Planungen begonnen werden konnte, denn vorrangiges Ziel des Paketes war es, Arbeit zu sichern und zu schaffen. Genauso wie die neuen Regeln zur Kurzarbeit letztendlich 400.000 bis 500.000 Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit bewahrt und auch bei uns in der Region die Arbeitslosenquote niedrig gehalten haben.

Schwerpunkt der Arbeit im Wahlkreis war 2009 der Bundestagswahlkampf. In die Vorbereitung wurden die Ortsvereine durch einen Fragebogen zu den jeweiligen regionalen Besonderheiten und eigenen Veranstaltungen frühzeitig mit eingebunden. Unser gemeinsamer Wahlkampf zeichnete sich durch eine Vielzahl von Veranstaltungen aus. Zu nennen sind u.a. der Wahlkampfauftakt mit Andrea Nahles am Großen Segeberger See, eine Veranstaltung mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück im zweiten Norderstedter Nordport Tower, die Besuche von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen in Kaltenkirchen und der Produktionsschule in Bad Oldesloe, zwei Podiumsdiskussionen mit dem ehemali-

---

**Bundestag**  
Platz der Republik  
11011 Berlin  
Tel.: (+49) 030 / 227-7 11 28  
(+49) 030 / 227-7 13 28  
Fax: (+49) 030 / 227-7 68 28

**E-Mail-Adressen**  
[franz.thoennes@bundestag.de](mailto:franz.thoennes@bundestag.de)  
[buergerbuero@thoennes.de](mailto:buergerbuero@thoennes.de)

**Bürgerbüro**  
Oldesloer Straße 20  
23795 Bad Segeberg  
Tel.: (+49) 04551 / 96 83 83  
Fax: (+49) 04551 / 96 73 38  
<http://www.thoennes.de>



## Franz Thönnies, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

gen 1. Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in Bad Oldesloe und Kaltenkirchen, eine Nachmittagsveranstaltung „Leben und Arbeiten in einer verkehrsreichen Region“ mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee in Norderstedt und eine Podiumsrunde mit der früheren stellvertretenden Ministerpräsidentin und Bildungsministerin Schleswig-Holsteins, Ute Erdsiek-Rave, zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Bad Segeberg.

Des Weiteren war ich mit den Ortsvereinen regelmäßig auf den Wochenmärkten vor Ort, habe in kleineren Orten vor Supermärkten und Bäckereien Informationsmaterial verteilt und mit vielen Bürgerinnen und Bürgern Gespräche zu Bundes-, Landes-, aber auch kommunalpolitischen Themen geführt.

Darüber hinaus gab es im Rahmen der KulTour Veranstaltungen mit dem Oldie-Kabarett aus Bargtheide, Tucholsky-Abende mit H.W. Kühl und Rainer Lankau sowie einen Auftritt der „Melker“ in Itzstedt und einen Scheunen-Rockabend in Henstedt-Ulzburg. Außerdem wurden Ehrenamtliche aus Umweltverbänden zu einer Filmvorführung des Natur-Dokumentationsfilms „Unserre Erde“ in das Bad Segeberger Freilichttheater am Kalkberg eingeladen. Mit den Jusos und dem SPD-Ortsverein haben wir Info-Material gegen Atomkraftwerke sowie kleine „kulinarische“ AKWs unter die Besucher gebracht. Den gleichen Film haben wir dann noch einmal am „Weltkindertag“ im Kleinen Theater in Bargtheide Kindern und ihren Eltern angeboten.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009 und der am selben Tag stattgefundenen Landtagswahl waren auch für uns trotz eines engagierten Wahlkampfes katastrophal. Bei den Erststimmen erreichten wir 30,6 % (42,6 % 2005) und bei den Zweitstimmen 25,1 % (36,6 % 2005). Im Bund waren es bei den Zweitstimmen 23,0 % (34,2 % 2005). Kurz nach diesem Desaster haben wir bei Ortsvereinsvorsitzenden-Treffen, in Mitgliederversammlungen und auch in Zusammenkünften mit dem SPD-Landesvorsitzenden Ralf Stegner und landesweiten Regionalkonferenzen über die Ursachen und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen diskutiert. Über Kreisparteitage bis hin zum außerordentlichen Landesparteitag am 6. Februar 2010 mit seinem Antrag L 1 habe ich mich an diesem Prozess beteiligt. Seit dem gilt es, die getroffenen Entscheidungen konkret umzusetzen, wieder Vertrauen und Stabilität sowie die Organisations- und Aktionsstärke der Partei zurückzugewinnen.

### **Regelmäßiger (Informations-)Austausch**

Die inzwischen zu einer Institution gewordenen **Ortsvereinsvorsitzenden-Treffen** wurden ebenso fortgesetzt wie die Herausgabe des „**TIB**“ (Thönnies-Info-Brief), der über meine Arbeit in Berlin und im Wahlkreis informiert. Dazu versenden meine Büros regelmäßig **E-Mails** zu verschiedenen aktuellen Themen. Dies gilt ebenso für die Information „**Bundestag direkt**“ der Landesgruppe der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten.

### **Örtliche Parteiveranstaltungen**

Auf Einladung der SPD-Ortsvereine nahm ich an vielen örtlichen Parteiveranstaltungen teil. Hinzu kam die Mitwirkung bei Kreisparteitagen und der Besuch der eher geselligen Treffen wie Matjes-, Rotkohl-, Grünkohlessen, Grill- oder Sommerfesten. Die Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär brachte es bis zum Regierungswechsel mit sich, dass ich für die Bundesregierung ebenso im Bundesgebiet an Veranstaltungen von Verbänden und Einrichtungen teilnahm oder auch andere SPD-Fraktionsmitglieder bei ihrer „Vor-Ort-Arbeit“ im jeweiligen Wahl-



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

kreis unterstützen konnte. Der Dialog mit der Partei im eigenen Wahlkreis hatte und hat für mich jedoch immer einen besonders hohen Stellenwert.

### **Verbindungen zu Verbänden, Institutionen und Schulen**

Gute Kontakte in diesem Bereich sind mir sehr wichtig. So gab es u.a. wieder Gespräche und Termine mit dem Kreisjugendring Stormarn, Betriebs- und Personalräten, den Kreis- und Landesfeuerwehr-, Behinderten-, und Schützenverbänden, den Kreishandwerkerschaften, der IHK zu Lübeck, den Arbeitsagenturen und ARGEN, der DRK-Schuldnerberatung, der Lebenshilfe, sowie den Landräten. Den SPD-Kreistagsfraktionen stand ich ebenso für Informationen zur Verfügung.

Gerne nehme ich auch die Einladungen zu Diskussionsrunden mit Schülerinnen und Schülern im Wahlkreis an. Dies gilt insbesondere für den Ersatz kurzfristig ausgefallener Treffen in Berlin oder für die jährlichen Europatage, wie am 4. Mai 2009 im Gymnasium Kaltenkirchen und der Bad Segeberger Dahlmanschule und am 3. Mai 2010 in der Theodor-Mommsen-Schule in Bad Oldesloe. Einen Diskussionsmarathon über vier Stunden in drei Ahrensburger Schulen absolvierte ich am 26. Mai 2010 zusammen mit 4 weiteren BundestagskollegInnen.

### **Betriebspraktika und Unternehmensbesuche**

Mein jährliches Betriebspraktikum machte ich im Jahr 2009 bei di.hako in Trappenkamp. Hier hatte ich Gelegenheit, die verschiedenen Betriebsteile von der Verwaltung bis zur Produktion kennenzulernen. In diesem Unternehmen ist über die Hälfte der Beschäftigten schwerbehindert. Das ist ein gutes Beispiel, wie es gelingen kann, auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Arbeitswelt herzustellen.

Mein Praktikum im Jahr 2010 absolvierte ich Anfang November im Landhotel Dreiklang in Kaltenkirchen. Nachdem ich wenige Monate zuvor mit der IHK das Hotel für besonders gute Ausbildungsleistungen ausgezeichnet habe, konnte ich direkt einen Einblick in den Arbeitsalltag dieses Dienstleistungsunternehmens erhalten.

Den Beschäftigten in den Unternehmen Jungheinrich und Johnson & Johnson in Norderstedt habe ich in Kooperation mit den Betriebsräten versucht zu helfen, ihre Arbeitsplätze weitestgehend zu erhalten. Besucht habe ich des Weiteren die Grundfos Pumpenfabrik GmbH in Wahlstedt und im Rahmen der jährlichen Ausbildungsplatzakquise der IHK zu Lübeck die Herza Schokolade GmbH & Co. KG und die Johnson & Johnson Medical GmbH, beide in Norderstedt sowie das Hotel Dreiklang und das Unternehmen Wiska Hoppmann & Muslow GmbH, beide in Kaltenkirchen.

Darüber hinaus habe ich im März 2011, im Rahmen der Praxistage der SPD-Bundestagsfraktion, einen Vormittag in einer internistischen Hausarztpraxis und einen Nachmittag in einem Seniorenheim in Norderstedt verbracht. Hier konnte ich interessante Eindrücke gewinnen, unter welchen Bedingungen im Gesundheitswesen und in der Pflege gearbeitet wird.

### **Kontakt mit den Gewerkschaften**

Im Berichtszeitraum habe ich wieder **Betriebs- und Personalrätetreffen** organisiert. Für mich ist der enge Draht zwischen Gewerkschaften und der SPD sehr wichtig. Zu den jährlichen **Betriebsräte-, Personalräte-, Werkstatträte- und Schwerbehindertenvertreterkonferenzen** der SPD-Bundestagsfraktion lud ich wieder Vertreter aus dem Wahlkreis nach Berlin ein. Im Rahmen der **Woche für Gewerkschaftsjunioren** war im Mai 2009 der junge TRANSNET- Gewerkschafter Stefan Schulze (23) von der AKN aus Kaltenkirchen bei mir in Berlin.



## **Franz Thönnes, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

### **Betreuung von Petenten**

Die Anliegen, die mich von Bürgerinnen und Bürger in Sprechstunden oder über das Bürgerbüro erreichen, werden mit Unterstützung meiner Mitarbeiterinnen und –arbeiter verlässlich bearbeitet. Mit den beiden Petitionsausschussmitgliedern Sonja Steffen und Andreas Beran, MdL, führte ich im September 2010 eine Veranstaltung zum Petitionsrecht in Bad Oldesloe durch.

### **Gäste aus dem Wahlkreis in Berlin**

Auch in diesem Berichtszeitraum lud ich wieder Schülerinnen und Schüler zu verschiedenen Gelegenheiten nach Berlin ein. Das galt für den jährlichen „**Girls-Day**“, bei dem speziell Schülerinnen und Berufspolitikern über die Schulter blicken können. Daneben finden auch regelmäßig die **Jugendpressetage** statt. Hierzu werden Mitglieder von Schülerzeitungen eingeladen und erhalten die Möglichkeit sich von erfahrenen Pressesprechern Tipps abzuholen. Auch durch das Politik-Planspiel „**Jugend und Parlament**“ konnte ich im Jahr 2009 einer Schülerin aus dem Wahlkreis einen direkten Einblick in die Arbeit des Bundestages ermöglichen. Zudem erhalten junge Menschen in bestimmten Abständen auch die Möglichkeit ein **Praktikum** in meinen Büros in Bad Segeberg oder Berlin zu machen, um Erfahrung im Politikalltag zu sammeln.

Nach wie vor beliebt sind die **3-Tage-Fahrten nach Berlin** für 3 x 50 Teilnehmer im Jahr. Die Auswahl von engagierten Kommunalpolitikern, ehrenamtlich Aktiven, Vertretern von Vereinen und Verbänden, Jugendlichen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern hat sich bewährt. Aufgrund der nach wie vor großen Nachfragen wurde auch das erweiterte Angebot mit einer zusätzlichen, von den Teilnehmern allerdings selbst zu bezahlenden, Berlin-Fahrt fortgesetzt.

Gemeinsam mit der **Einladung von Schulklassen und Jugendlichen** zu Besuchen und Veranstaltungen im Deutschen Bundestag (z.B. Jugend und Parlament), kommen so bis zu 1.500 Besucherinnen und Besuchern jährlich zu mir nach Berlin.

### **Jugendaustausch fördern (PPP – IPS, weltwärts)**

Weiterhin beteilige ich mich an dem **Deutsch-Amerikanischen Parlamentarischen Patenschafts-Programm (PPP)**, indem ich jährlich Patenschaften für Schüler aus dem Wahlkreis und junge Amerikaner, die in die Region kommen, übernehme. Gleiches gilt für das **Internationale Parlamentsstipendium (IPS)**. Hier arbeiteten in den letzten fünf Jahren vier junge Studenten aus Estland und eine junge Lettin fünf Monate im Berliner MdB-Büro mit und seit März 2011 verstärkt erneut eine junge Frau aus Estland mein Team in Berlin. Darüber hinaus unterstütze ich zur Zeit auch einen Abiturienten aus Bad Segeberg, der mit „weltwärts“, ein Jahr in Kolumbien seinen Freiwilligendienst leistet.

### **Projekte:**

#### **„Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren!“**

Im Sommer 2009 habe ich unter dem Motto: „Arbeit für Alleinerziehende – Kinderbetreuung organisieren!“ in Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Stormarn, Frau Birte Kruse-Gobrecht, einen Runden Tisch initiiert. Im Kreis Stormarn sind derzeit 1.080 und im Kreis Segeberg 1.695 Alleinerziehende (davon ca. 95 % Frauen) im Grundsicherungsbezug. Alleinerziehende sind oftmals in einer besonders prekären Situation, wenn sie keine Arbeit aufnehmen können, weil es keine ausreichende Kinderbetreuung gibt. Die Folgen sind weitere Arbeitslosigkeit und ein Verharren der Kinder in Armut. Um hier zu helfen, habe ich gut 20 Akteure von Kreis, Arbeitsagentur, ARGE, aus der Wirtschaft, von den Gewerkschaften, von Kinderbe-



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

treuungseinrichtungen und weiteren Verbänden und Institutionen eingeladen. In einer zweiten Runde hat man sich auf neun Leitgedanken verständigt, die helfen sollen das Problem zu lösen. Weitere Treffen folgten. Und erfolgreich hat inzwischen die Fachtagung „Berufstätigkeit ermöglichen – Kinderbetreuung organisieren“ am 19. Oktober 2010 im Stormarner Kreistag in Bad Oldesloe stattgefunden. Inzwischen ist aus diesem gut gelungenen Engagement ein Projektantrag an die Bundesregierung geworden, um die weiteren Aktivitäten im Rahmen eines gefördernten Projektes umzusetzen. Ende April letzten Jahres lud ich zu einer vergleichbaren Runde in das Bad Segeberger Sozialhaus ein. Hier kamen 23 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ziel muss es sein, dass in beiden Kreisen in absehbarer Zeit die Annahme eines Arbeitsangebotes nicht an einer mangelnden Kinderbetreuung scheitert.

### **„Kommunalpolitische Morgenrunde“**

Auf meine Einladung trafen sich Ende April und im Juni 2010 die sozialdemokratischen Landräte, Bürgermeister, Bürgervorsteher und Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen aus dem Wahlkreis und den Betreuungswahlkreisen zu einer „Kommunalpolitischen Morgenrunde“. Ziel dieses Treffens ist es, den Erfahrungsaustausch zu verbessern, gemeinsam interessierende Themen der Kommunalpolitik zu beraten und sozialdemokratische Antworten zu formulieren, mich für kommunalpolitische Entscheidungen in Berlin zu beraten und im Rahmen der Erneuerung der SPD die Kommunalpolitik vor Ort zu stärken. So standen denn auch die Auswirkungen der schwarz-gelben Steuerpolitik, die Finanzlage der Kommunen, die Kinderbetreuung, die demografische Entwicklung und kommunale Ansätze zur Energieversorgung im Mittelpunkt dieser ersten Zusammenkünfte. Weitere gemeinsame Runden werden vierteljährlich folgen.

### **„FBQ – Fördern - Bilden - Qualifizieren“ im Rahmen der Fehmarnbeltquerung**

Im Jahr 2009 haben die Parlamente Dänemarks und Deutschlands eine positive Entscheidung zum Bau einer Querung des Fehmarnbelts beschlossen. Damit wurde eine gute Grundlage für das weitere Zusammenwachsen im nordeuropäischen Raum geschaffen. Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte erhalten hierbei zunehmend eine besondere Bedeutung. Vor diesem Hintergrund habe ich das Projekt „FBQ – Fördern – Bilden – Qualifizieren“ entwickelt und werbe gerade bei den Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und den Regierungen beider Länder dafür. Zentraler Bestandteil ist die gemeinsame Berufsausbildung von dänischen und deutschen Jugendlichen nach dänischem und deutschem Ausbildungsrecht inklusive der Vermittlung beider Sprachen sowie Englisch während des Baus der Fehmarnbeltquerung. Bei dem zu erwartenden Einsatz von ca. 7.000 Arbeitskräften während der Bauphase wird vorgeschlagen, zwischen 600 – 800 junge Dänen und Deutsche in der Bauzeit bei den beteiligten Unternehmen auszubilden und die Abschlussprüfung nach dänischem und deutschem Recht ablegen zu lassen. Integriert werden könnte ebenso eine überschaubare Zahl Jugendlicher aus den baltischen Ländern. Die Durchführung sollte bei einer Bildungs- und Qualifizierungsgesellschaft liegen, die von den am Projekt beteiligten Betrieben finanziert werden sollte. Im Rahmen einer von mir angestoßenen Delegation der schleswig-holsteinischen SPD zu Gesprächen mit dänischen und schwedischen Sozialdemokraten und dem dänischen Verkehrsminister sowie den Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Folketing erhielt ich für meinen Projektvorschlag breite Unterstützung, die auch von den Vertretern der Planungsgesellschaft Fehmarn AS geteilt wurde.



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

### **Veranstaltungsreihe „Wie wollen wir morgen leben und arbeiten?“**

Neu begonnen habe ich im Wahlkreis eine Veranstaltungsreihe, in der ich gemeinsam mit den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion die zentralen gesellschaftlichen Zukunftsfragen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und unsere sozialdemokratischen Antworten darstellen will. Den Auftakt bildete Ende Mai 2010 eine Podiumsdiskussion in Ahrensburg mit Dagmar Ziegler, in der familienfreundliche Arbeitsbedingungen als Standortfaktor für Regionen thematisiert wurden. Fortgesetzt wurde die Reihe am 7. September 2010 in Norderstedt mit der Abendveranstaltung „Bürgerversicherung – Für ein bezahlbares und solidarisches Gesundheitssystem“. Als Gast konnte ich die stellv. Fraktionsvorsitzende Elke Ferner begrüßen. Mit ihr besuchte ich tagsüber auch die „Hebammenpraxis Bargteheide“, „Die Tafel“ und die „Praxis ohne Grenzen“ in Bad Segeberg. Am 1. November 2010 diskutierten wir im Norderstedter Lindenhof mit Olaf Scholz und vielen Gästen über das Thema „Kultur der Arbeit“ – ein zentraler Aspekt in der Neuausrichtung der Partei in Sachen Arbeitsmarkt, der sich mittlerweile in den aktuellen Beschlusslagen der Bundespartei wiederfindet. Mit dabei war auch Jörg Breiholz, Betriebsratsvorsitzender der Grundfos Pumpenfabrik GmbH, Wahlstedt. Am 6. Dezember 2010 war dann Hubertus Heil zum Thema „Zukunft der Arbeit“ Gast in der Werkhalle der Gräber Feinwerktechnik GmbH in Trappenkamp. Die bislang letzte Podiumsdiskussion dieser Reihe fand am 1. März 2011 mit Axel Schäfer zu europäischen Themen im Ganztagszentrum Bargteheide statt. Weitere Veranstaltungen werden folgen.

Zusätzlich habe ich in diesem Jahr zu zwei weiteren „Fraktion-vor-Ort“ Veranstaltungen eingeladen. Am 31. Januar 2011 zusammen mit meinem Kieler Kollegen und stellv. verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Peter Bartels, zum Thema „Was bleibt von der Bundeswehr“ nach Kaltenkirchen und am 2. März 2011 mit dem SPD-MdB Dr. Edgar Franke, Mitglied des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, zum Thema „Unsere Gesundheit braucht Solidarität“ ins Sozialkaufhaus nach Bad Segeberg.

### **Die Arbeit in Parlament und Partei**

#### **Arbeitsmarkt trotz dank SPD-Regierungshandelns in den Vorjahren der schwierigen wirtschaftlichen Lage**

Der Arbeitsmarkt zeigt sich trotz der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise nicht zuletzt aufgrund der von der SPD maßgeblich mit beeinflussten Entscheidungen erfreulicherweise stabil. Mit Stand vom Februar 2011 gibt es in Deutschland 3,3 Millionen Arbeitslose. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das ein Rückgang um ca. 326.000 bei einer aktuellen Arbeitslosenquote von 6,7%. In Schleswig-Holstein liegt diese Quote bei 8,2%. In Stormarn betrug sie im Februar 2011 nur 4,6%. Im Kreis Segeberg liegt sie derzeit bei 5,5%.

Trotz dieser Entwicklung darf es keine Entwarnung auf dem Arbeitsmarkt geben. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass die aktive Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt wird, um so viele Menschen wie möglich in Arbeit zu halten, in neue Beschäftigung zu bringen und für künftige Anforderungen fit zu machen. Der SPD-Parteivorstand hat dazu am 15. März 2010 ein Grundsatzpapier mit dem Titel „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ beschlossen. Die Reformen sollen mehr Sicherheit durch eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Mit dem Papier setzt sich die Partei auch selbstkritisch mit Fehlentwicklungen aus den Arbeitsmarkt-reformen der rot-grünen Bundesregierung auseinander - beispielsweise bei der Leiharbeit oder auch bei der Vermögensanrechnung von Arbeitslosengeld II-Empfängern. Für mehr soziale Gerechtigkeit soll durch die Begrenzung von Leiharbeit, mehr Mitbestimmung, einen gesetzlichen



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

Mindestlohn von 8,50 Euro und einen sozialen Arbeitsmarkt gesorgt werden. In die gleiche Richtung geht auch ein am 10. Februar 2011 vorgestelltes und vom DGB Nord und der Landesgruppe Schleswig-Holstein in der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitetes gemeinsames Positionspapier mit dem Titel „Missbrauch der Leiharbeit verhindern!“.

Insgesamt kann sich die erfolgreiche Arbeit der SPD in der Arbeitsmarktpolitik auch aus der Opposition heraus sehen lassen. Mit dem Verhandlungsergebnis, dass die Betreuung der Langzeitarbeitslosen weiter aus einer Hand erfolgt, gleichzeitig 900 Millionen Euro für die aktive Arbeitsmarktförderung entsperret und 3.200 Stellen in den JobCentern entfristet wurden, konnten wir bereits im März 2010 wichtige Weichen stellen. Und auch die im Februar 2011 erzielte Einigung bei der Neuregelung der Regelsätze ist ein großer Erfolg für Arbeitnehmer und Arbeitslose, Ehrenamtliche, bedürftige Kinder und die Kommunen. Es gibt konkrete Verbesserungen für die 1,2 Millionen Arbeitnehmer in den Branchen Zeitarbeit, Sicherheitsgewerbe und Weiterbildung, die jetzt Mindestlöhne bekommen. Außerdem konnten wir eine massive Ausweitung des Bildungspaketes und den Einstieg in die Schulsozialarbeit durchsetzen. Eine zusätzliche Regelsatzerhöhung um drei Euro neben der bereits vorgesehenen Anpassung um fünf Euro kommt zum 1. Januar 2012. Und nicht zuletzt profitieren die Kommunen, weil der Bund die Grundsicherung im Alter sowie die tatsächlichen Kosten des Bildungspaketes übernimmt.

### **Neue Legislaturperiode - Neue Aufgaben**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Ende 2009 ihre Entscheidungen für die Ausschussbesetzungen getroffen. Nun bin ich ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Hier bringe ich nun meine bisherigen Erfahrungen aus der über 10jährigen Ostsee-Zusammenarbeit, aus der Tätigkeit im Bundesministerium für Arbeit und Soziales im internationalen Bereich und meine sozialpolitischen Kompetenzen ein. So bin ich Berichterstatter für Nordeuropa, die Arktis, Russland, die GUS-Staaten und mit anderen zusammen auch für China.

### **Afghanistan**

Eines der am kontroversesten debattierten außenpolitischen Themen ist der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Dies gilt sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der SPD. Die kritische Debatte zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist und bleibt notwendig. Es ist gut, dass wir über derartig wichtige Entscheidungen offen und mit viel Sensibilität diskutieren. Auch in der Opposition nimmt die SPD-Bundestagsfraktion ihre Verantwortung für derartige Einsatzentscheidungen und für die Soldatinnen und Soldaten wahr. Wie auch im letzten Jahr haben wir die Verlängerung des Mandats, am 28. Januar 2011, in einem intensiven Prozess, u.a. auch mit einer öffentlich sehr beachteten Afghanistankonferenz im Willy-Brandt-Haus in Berlin, vorbereitet und entscheidende Punkte durchgesetzt. Besonders wichtig war dabei, dass der schon lange geforderte Strategiewechsel 2010 umgesetzt wurde und eine reale Chance auf eine Trendwende in Afghanistan besteht. Deshalb kann ab diesem Jahr in einzelnen Distrikten, Provinzen und Städten schrittweise mit der Übergabe von Sicherheitsverantwortung an die afghanische Armee und Polizei begonnen und so das Ziel, 2014 mit der Bundeswehr nicht mehr an Kampfhandlungen in Afghanistan beteiligt zu sein, erreicht werden.



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

### **Island**

Nach der Verabschiedung des Lissabon-Vertrages muss der Deutsche Bundestag der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Ländern, die einen Antrag auf die EU-Mitgliedschaft gestellt haben, zustimmen. Aus diesem Grund habe ich im Rahmen meiner Arbeit im Auswärtigen Ausschuss und als Berichterstatter für den EU-Beitrittsantrag Islands vom 16. - 19. Februar 2010 die Vulkaninsel im Nordmeer besucht. Hier gewann ich bei 16 Terminen in Gesprächen mit Außenminister Össur Skarphéinnsson, Industrieministerin Katrin Júlíusdóttir (beides Sozialdemokraten), mit Vertretern aller Parteien des Parlaments (Althing), mit Repräsentanten des Arbeitgeberverbandes und der Gewerkschaft ASI, mit Fachbeamten des Außenministeriums, mit Pro- und Kontra- EU-Interessensgruppen (NGO's) sowie mit dem Landesverband der Fischereiunternehmen, einen Eindruck über die kontrovers geführte Debatte über das Für und Wider eines Beitritts Islands zur EU. Diese flossen dann in Berlin in den Antrag "Verhandlungen über die Aufnahme Islands in die Europäische Union eröffnen" der SPD-Bundestagsfraktion ein. Am 22. April 2010 hat der Deutsche Bundestag sein Einvernehmen zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Republik Island gegeben und am 17. Juni 2010 hat der Europäische Rat beschlossen, dass diese aufgenommen werden sollen.

### **Minderheiten**

Zusammen mit meinem MdB-Kollegen Sönke Rix und weiteren Mitgliedern der schleswig-holsteinischen SPD-Landesgruppe haben wir der Bundesregierung in der Fragestunde am 7. Juni 2010 im Deutschen Bundestag eine Vielzahl von Fragen zu den Kürzungsvorhaben der Landesregierung Schleswig-Holstein und der Bundesregierung für die dänische und deutsche Minderheit in der Grenzregion unseres Landes gestellt. Die widersprüchlichen Antworten waren ernüchternd und zeugten von mangelnder Sachkenntnis. Eine Benachteiligung der Minderheiten wird durch die Bundesregierung nicht erkannt und Staatsministerin Pieper bestritt bereits im Haushaltsentwurf des Bundesinnenministeriums geplante Kürzungen. Die insgesamt 45 Minuten dauernde Behandlung der beabsichtigten Kürzungen für die dänische und deutsche Minderheit im Parlament hat mit den Antworten der Bundesregierung mehr als deutlich gemacht, dass die Verantwortung für die von den damaligen Regierungschefs Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer und Ministerpräsident H.C. Hansen 1955 unterzeichneten Bonn-Kopenhagener Erklärungen von CDU/CSU und FDP nur unvollständig wahrgenommen wird. Hier gilt es sowohl im Land als auch im Bund wachsam zu bleiben und nicht zuzulassen, dass das über Jahrzehnte aufgebaute sehr gute Verhältnis zu unseren nördlichen Nachbarn in kürzester Zeit schwer beschädigt wird. Um dies zu verhindern, ist ein regelmäßiger Dialog miteinander notwendig. Deshalb haben wir uns am 6.9.2010 mit schleswig-holsteinischen und dänischen Sozialdemokraten in Padborg getroffen. Für 30.9.2010 hatten wir als Landesgruppe darüber hinaus Vertreter der Minderheiten nach Berlin eingeladen, um mit ihnen und unseren Haushältern die aktuelle Situation zu diskutieren.

### **Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)**

Erneut wurde ich Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages in der jährlich stattfindenden **Ostseeparlamentarierkonferenz**. Auch bin ich jetzt in der dritten Periode Mitglied im Ständigen Ausschuss dieser Konferenz. Zwei Jahre leitete ich eine Arbeitsgruppe von Parlamentariern aus der Ostseeregion zum Thema „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“. Erarbeitet wurden Empfehlungen zur Förderung der Mobilität in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten der Ostseeregion, zur umfangreichen Information der Grenzpendler über arbeits-, sozial- und steuerrechtliche Fragen durch die Einrichtung von Info-Centern in grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die Empfehlungen wurden in der



## Franz Thönnies, MdB

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

Ostseeparlamentarierkonferenz diskutiert und sind in die Abschlussresolution eingeflossen. Bis zum Jahr 2011 wurde ich als „Rapporteur“ für die Umsetzung der gefassten Beschlüsse durch die Regierungen der Ostseeanrainer-Staaten bestimmt. In diesem Zusammenhang habe ich Anfang April 2010 in Warschau in Gesprächen mit Gewerkschaftsvertretern, Unterstaatssekretären, Abgeordneten des Sejm und Migrationsfachleuten über das Thema Grenzpendler zwischen Deutschland und Polen diskutiert. Im Juni 2010 beriet ich diese Fragen auch in Vilnius mit Regierungsvertretern und kam auch zu einem Meinungs austausch mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokraten Litauens zusammen. Darüber hinaus nahm ich im gleichen Monat an der von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin durchgeführten Tagung für Parlamentarier, Wissenschaftler und Experten aus den Ostseestaaten zur Vorbereitung der jährlichen Ostseeparlamentarierkonferenz teil. Diese hat auf meine Anregung vor vier Jahren nach 2007 und 2008 zum dritten Mal stattgefunden. Die 19. BSPC hat am 30./31.8.2010 in Mariehamn / Åland getagt. In der Abschlussresolution fordern die Teilnehmer mehr Engagement für den Meeresschutz sowie den Abbau von Hindernissen bei Reisen und auf den Arbeitsmärkten der Grenzregionen.

Als Vertreter der Ostseeparlamentarierkonferenz im Steering Committee des EU-Strategy-Flagship-Projects „**BALTIC SEA LABOUR NETWORK**“ versuche ich gemeinsam mit dem DGB Nord, Arbeitgebervertretern von NORDMETALL und weiteren Repräsentanten von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen aus Ländern des Ostseeraumes über die Einrichtung von gemeinsamen Büros von Arbeitgebern und Gewerkschaften für Fragen der Arbeitswelt und der Sozialpolitik sozialpartnerschaftliche Strukturen, insbesondere in den baltischen Ländern, aufzubauen. Ebenso wollen wir den sozialen Dialog zwischen Regierung, Politik und Sozialpartnern fördern. Dies ist ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche Umsetzung einer Projektidee des DGB Nord und von NORDMETALL, die ich sowohl bei der Aufnahme in die Projektförderliste der EU wie auch nun in der Praxis unterstützen konnte. Seitens der EU wird das Projekt für drei Jahre mit 2,6 Millionen Euro gefördert. Im Rahmen des BSLN fand im Mai 2010 die 2. Internationale Konferenz in Vilnius, Litauen statt. 160 Vertreter der Projektpartner (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) sowie anderer regionaler und europäischer Organisationen kamen zusammen, um arbeitsmarktpolitische Fragen wie die Stärkung des Sozialdialogs und der Arbeitskräfte-Mobilität zu diskutieren. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Modellprojekte in den Baltischen Staaten und Grenzregionen. Ein Schwerpunkt der BSLN wird das deutsch-polnische Modellprojekt „Informations- und Kompetenzzentrum“ sein. Dieses soll die Mobilität von Arbeitnehmern in der Grenzregion bei Wahrung sozialer Sicherheit fördern. So sollen den Sozialpartnern Informationen über die Entwicklung in Grenzregionen bereitgestellt werden. Darüber hinaus ist geplant, Beschäftigte und Firmen speziell zu arbeits-, sozial-, tarif- und arbeitsschutzrechtlichen Fragen in den Partnerländern beraten. Grundsätzlich soll das BSLN zu einem permanenten „Baltic Sea Labour Forum“ weiterentwickelt werden, in dem Arbeitgeber-, Gewerkschafts- und Regierungsvertreter aus den Ländern der Ostseeregion regelmäßig zusammenkommen und Fragen des gemeinsamen Arbeitsmarktes, fairer Arbeitsbedingungen und des sozialen Dialoges beraten.

### **Deutsch-Nordische Parlamentariergruppe**

Bereits in der 3. Wahlperiode darf ich diese Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages leiten. Mit 57 Mitgliedern ist sie eine der großen fraktionsübergreifenden Gruppen in unserem Parlament, deren Aufgabe es ist die Verbindungen und den Austausch zu anderen Parlamenten zu pflegen. Für uns sind dies die Länder Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.



## **Franz Thönnies, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

### **Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion**

Innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion leite ich den **Gesprächskreis „Russland/GUS“**, arbeite in den **Arbeitskreisen „Europa“ und „Internationale Politik“**, in der **SPD-Küstengruppe**, im **Gewerkschaftsrat**, in der **AWO-Parlamentariergruppe** und natürlich in der **Landesgruppe** der schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten mit.

### **Weitere internationale Aktivitäten**

Im März 2009 habe ich mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin und Stockholm, eine internationale Konferenz mit dem Titel „Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher unter 25 Jahre im Ostseeraum“ in Berlin geleitet. Eingeladen waren Sozialdemokraten aus den nordischen und baltischen Ländern sowie aus Polen. Die Ergebnisse sind in die von mir geleitete Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt und soziale Wohlfahrt“ der Ostseeparlamentarierkonferenz eingeflossen. Ebenfalls wirke ich mit bei einem jährlichen deutsch-russischen Experten-Dialog im Rahmen eines vierjährigen Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau, des vom russischen Präsidenten gegründeten Moskauer „Instituts für gegenwärtige Politik“ und der Universität Bremen zur Thematik „Soziale Politik gestalten“. Am 8. - 9. November 2010 haben wir im Rahmen dieses Dialoges in Moskau das Thema „Armut in Russland und Deutschland: Probleme und Lösungswege“ behandelt. Darüber hinaus wirkte ich vom 13. - 15. Juli 2010 beim 10. Petersburger Dialog zwischen Russland und Deutschland in Jekaterinburg mit. Im Anschluss daran bin ich als Teilnehmer einer Delegation der Bundeskanzlerin zu politischen Gesprächen nach China und Kasachstan gereist. In Peking sprach ich zusammen mit dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer auch mit Vertretern der Wanderarbeiter über die Verbesserung ihrer sozialen Bedingungen.

Auch nahm ich bei den letzten beiden „EU-Russland-Dialogen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Moskau und der Stiftung „Einheit für Russland“, in Brüssel Anfang April 2010 zum Thema „Neue Herausforderungen für die EU-Russland Partnerschaft“ und vom 14. - 16. Februar 2011 in Moskau zum Thema „Partnership with Russia in Europe - Concrete steps towards cooperation between Russia and the EU“, teil.

Ebenso verbinde ich meine Reisen mit vielfältigen Gesprächsterminen, treffe mich mit Botschaftern aus dem nordischen, baltischen oder russischem Raum und stehe ausländischen Delegationen im Deutschen Bundestag als Gesprächspartner zur Verfügung. Des Weiteren nehme ich an einer Vielzahl von Podiumsdiskussionen, Konferenzen oder Kolloquien teil. Beispielhaft seien hier die Podiumsdiskussion der Academia Baltica e.V. zum Thema EU-Ostseestrategie im Juli 2010 in Lübeck, die Gesprächsrunde „Herausforderungen der Arktis“ der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ mit dem norwegischen Außenminister Jonas G. Støre im Juni 2010 in Berlin und die auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vom 20. bis 23. September in Washington/USA und Ottawa/Kanada stattgefundene Konferenz „Governing the Far North: Assessing Cooperation between Arctic and Non-Arctic Nations“ genannt. Gleiches gilt für das Nachfolgeprojekt der FES in Brüssel und Berlin am 14. und 15. März dieses Jahres mit dem Thema: „The Arctic Region - A Challenge for Global Governance. What Role for the EU?“

Ehrenamtlich engagiere ich mich als Bundesvorsitzender der Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft e.V., als stellvertretender Vorsitzender der Norwegisch-Deutschen Willy-Brandt-Stiftung und als Vorsitzender des Vereins zur Förderung dieser Stiftung.



## **Franz Thönnnes, MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe

Mitglied des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz

---

### **In der SPD Schleswig-Holstein**

In unserer Landespartei gehöre ich dem Gewerkschaftsrat an. Zur weiteren Entwicklung unserer Ostsee-Kooperation besuchte ich gemeinsam mit dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Björn Engholm, der SPD-EU-Parlamentarierin Ulrike Rodust sowie den SPD-Landtagsabgeordneten Birte Pauls und Wolfgang Baasch im Rahmen eines Projektes der Friedrich-Ebert-Stiftung Mitte April 2010 Polen und Litauen. Hier führten wir Gespräche mit Parlamentariern, den sozialdemokratischen Parteien, Wissenschaftlern und Journalisten. Vor dem Hintergrund des tragischen Flugzeugabsturzes des Präsidenten Polens in der Nähe von Katyn überbrachten wir dabei auch das Beileid des SPD-Präsidiums. In Vilnius nahmen wir an einer internationalen Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Neues ökonomisches Denken im Norden – Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit rund um die Ostsee“ teil.

Vom 12. bis 15. Oktober 2010 wurde die Ostsee-Kooperation durch ein Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung, Stockholm mit Teilnehmern aus dem SPD-Landesverband weiter vertieft. Hier trafen wir uns mit schwedischen und norwegischen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Journalisten. Die Hintergründe der letzten Wahlausgänge sowie die gesellschaftlichen Veränderungen und Antworten der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie wurden hier diskutiert. Am 3. und 4. Februar 2011 fuhr eine Delegation der SPD Schleswig-Holstein auf meine Anregung nach Kopenhagen, um sich dort mit verschiedenen Gesprächspartnern, wie dem Verkehrsminister und Sozialdemokraten aus dem Folketing und von schwedischer Seite, über den Bau der Fehmarnbeltquerung auszutauschen. Außer mir waren der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner sowie die Mitglieder des Landtages Lothar Hay, Birte Pauls, Regina Poersch, Bernd Schröder und Marion Sellier mit dabei. Weitere Teilnehmer waren Stefan Bolln als Mitglied des Landesvorstandes, der SPD-Kreisvorsitzende aus Ostholstein Lars Winter und die Pressesprecherin der Landtagsfraktion Petra Bräutigam. Die Reise hat deutlich gemacht, dass die Entscheidung für die Querung in Dänemark liegt, sie die uneingeschränkte Unterstützung der Sozialdemokraten in Dänemark und Schweden hat und die Verbindung kommen wird. Für uns kommt es jetzt darauf an, die mit diesem Projekt verbundenen Chancen zu nutzen und sich dabei insbesondere für die Interessen der Region einzusetzen. Dabei gilt es ausgewogene Lösungen für die ökologischen, touristischen und verkehrspolitischen Herausforderungen zu finden. Hierbei werden die in den Gesprächen gewonnenen Informationen und Eindrücke helfen und der Diskussion in unserem SPD-Landesverband gut tun.

**Weiter Informationen unter:**

**[www.thoennes.de](http://www.thoennes.de)**